

Antrag

der Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf), Robert Antretter, Angelika Barbe, Holger Bartsch, Hans Berger, Arne Börnsen (Ritterhude), Dr. Eberhard Brecht, Hans Büchler (Hof), Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Nils Diederich (Berlin), Freimut Duve, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Gernot Erler, Helmut Esters, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Anke Fuchs (Köln), Dr. Fritz Gautier, Iris Gleicke, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Dieter Heistermann, Stephan Hilsberg, Renate Jäger, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Fritz Rudolf Körper, Regina Kolbe, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Hinrich Kuessner, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Klaus Lennartz, Dr. Christine Lucyga, Christoph Matschie, Dr. Dietmar Matteredne, Markus Meckel, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Gerhard Neumann (Gotha), Horst Niggemeier, Adolf Ostertag, Dr. Helga Otto, Joachim Poß, Renate Rennebach, Peter W. Reuschenbach, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Regina Schmidt-Zadel, Dr. Jürgen Schmude, Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Brigitte Schulte (Hamel), Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Horst Sielaff, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Dr. Hans-Jochen Vogel, Gerd Wartenberg (Berlin), Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Dr. Norbert Wieczorek, Dr. Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Sicherung der Zukunft der ostdeutschen Braunkohle

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die heimische Braun- und Steinkohle einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung in ganz Deutschland leisten. Braun- und Steinkohle tragen heute zur Energiedeckung mit 31 % bei. Der Anteil heimischer Kohle an der Energieversorgung muß bestehenbleiben, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Eine Mengenreduzierung ist nur vertretbar, wenn Energieeinsparen, die Verbesserung der Energieeffizienz und drastische Maßnahmen im Klimaschutz eine ökologisch verantwortbare Versorgungsstruktur schaffen.

2. Die Braunkohle in West- und Ostdeutschland ist ein wirtschaftlich konkurrenzfähiger Energieträger, deshalb muß sie eine wichtige Position in der gesamtdeutschen Energieversorgung einnehmen. Ziel der deutschen Energiepolitik ist, diese Konkurrenzfähigkeit langfristig zu sichern. In Ostdeutschland ist die Braunkohle ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor. Leider ist die ökologische Erneuerung der Nutzung der Braunkohle in den neuen Bundesländern nicht ausreichend zügig vorangekommen. Dies betrifft sowohl die Privatisierung der Tagebaue, die Sanierung des Kraftwerkparks, der Versorgungsnetze und der Altlasten aus den Tagebauen.
3. Aus energie-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen und zur Sicherung der Rekultivierung und ökologischen Sanierung ist die langfristige Sicherung einer Gesamtfördermenge an Braunkohle in Ostdeutschland von über 100 Mio. Tonnen/Jahr erforderlich, die überwiegend im Bereich der Verstromung einzusetzen ist.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Umstrukturierung der Braunkohleregionen zügig voranzubringen und dafür zu sorgen, daß die Privatisierung der Braunkohleunternehmen in Ostdeutschland abgeschlossen wird. Dazu sind langfristige Restrukturierungs- und Beschäftigungskonzepte von den an den Ausschreibungen beteiligten Unternehmen vorzulegen, die sicherstellen, daß nach der Privatisierung wirtschaftlich stabile Unternehmen entstehen.

Ferner ist der zugesicherte Anteil der Braunkohleverstromung langfristig einzuhalten. Dazu sind Investitionszusagen der beteiligten Unternehmen bez. der Nachrüstung vorhandener und dem Zubau neuer Kraftwerke mit modernster Umwelttechnik, auch mit Kraft-Wärme-Kopplung erforderlich. Für diese Maßnahmen werden im Rahmen eines öffentlichen Förderprogramms Energieeinsparen/erneuerbare Energien Zuschüsse bereitgestellt. Damit wird die schnelle Einführung moderner, umweltfreundlicher Kraftwerkstechnologien auf Braunkohlebasis neben dem Strommarkt auch im Wärmemarkt gefördert.

5. Das gegenwärtig vorliegende Konzept der Altlastensanierung der ostdeutschen Braunkohle, welches für den Zeitraum von 1993 bis 1997 ein Finanzierungsvolumen von jährlich 1,5 Mrd. DM (mit einer Bund-Länder-Finanzierung unter Einbeziehung der Treuhanderlöse) vorsieht und unter Regie der sogenannten Braunkohlebüros laufen soll, kann nur der Einstieg in die Sanierung sein.

Weder vom Zeit- und Finanzierungsrahmen noch von der Organisationsform her ist es ausreichend, um die komplizierte und von der Quantifizierung her noch mit zahlreichen Unsicherheiten behaftete Aufgabe der ökologischen Sanierung in den Braunkohlerevieren zu lösen.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

- 5.1 Für die Lenkung, Koordinierung, Auftragsvergabe und Mittelverwaltung der ökologischen Sanierung und Alt-

lastenbeseitigung ist mindestens eine, gegebenenfalls auch je Revier eine länderübergreifende eigenständige Einrichtung zu gründen, an der sich der Bund mit 75 % und die ostdeutschen Länder Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit insgesamt 25 % beteiligen. Sie wird mit einem Grundkapital ausgestattet, in welches die Erlöse aus dem Verkauf der ostdeutschen Braunkohle einfließen. Deshalb muß ein angemessener Preis beim Verkauf erzielt werden.

- 5.2 Unter dem Dach dieser Einrichtung/Einrichtungen ist in regionalen Zweckverbänden oder ähnlichen Konstruktionen die Beteiligung der Regionen bei der Planung, Auftragsvergabe und der Verwertung der sanierten Flächen zu sichern.
- 5.3 Für diese Aufgaben werden nach heutiger Schätzung ein Zeitraum von mindestens 20 Jahren und Finanzmittel von etwa 40 Mrd. DM benötigt. Das bisherige Mittelvolumen muß deshalb aufgestockt werden, um die Schaffung von weiteren 5 000 bis 10 000 Dauerarbeitsplätzen im Bereich der ökologischen Sanierung zu sichern.
6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, für die durch die Privatisierung der Braunkohletagebaue freigesetzten Arbeitskräfte, die nicht bei Sanierungsmaßnahmen beschäftigt werden können, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzulegen und Umschulungs- und Fortbildungskurse einzurichten. Dazu ist zumindest in den betroffenen Gebieten die regionale Wirtschaftsförderung aufzustocken, um den freigesetzten Arbeitnehmern neue Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Industrie- und Dienstleistungsbereichen zu verschaffen.
7. Von einer Einführung einer europäischen Energie/CO₂-Steuer wird abgesehen. Es ist statt dessen eine allgemeine Energiesteuer auf alle fossilen und nuklearen Energieträger einzuführen, nicht zuletzt, um die Umstrukturierung der ostdeutschen Braunkohle nicht zu gefährden und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Bonn, den 24. Juni 1993

Volker Jung (Düsseldorf)
Robert Antretter
Angelika Barbe
Holger Bartsch
Hans Berger
Arne Börnsen (Ritterhude)
Dr. Eberhard Brecht
Hans Büchler (Hof)
Hans Büttner (Ingolstadt)
Edelgard Bulmahn
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Nils Diederich (Berlin)
Freimut Duve
Dr. Peter Eckardt
Dr. Konrad Elmer
Gernot Erler
Helmut Esters
Evelin Fischer (Gräfenhainichen)
Lothar Fischer (Homburg)
Norbert Formanski
Anke Fuchs (Köln)
Dr. Fritz Gautier
Iris Gleicke
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Christel Hanewinkel
Dieter Heistermann
Stephan Hilsberg
Renate Jäger
Dr. Ulrich Janzen
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Fritz Rudolf Körper
Regina Kolbe
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler
Hinrich Kuessner
Dr. Uwe Küster
Eckart Kuhlwein
Klaus Lennartz
Dr. Christine Lucyga

Christoph Matschie
Dr. Dietmar Mattered
Markus Meckel
Herbert Meißner
Christian Müller (Zittau)
Jutta Müller (Völklingen)
Michael Müller (Düsseldorf)
Gerhard Neumann (Gotha)
Horst Niggemeier
Adolf Ostertag
Dr. Helga Otto
Joachim Poß
Renate Rennebach
Peter W. Reuschenbach
Siegfried Scheffler
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Regina Schmidt-Zadel
Dr. Jürgen Schmude
Dr. Emil Schnell
Gisela Schröter
Karl-Heinz Schröter
Dietmar Schütz
Brigitte Schulte (Hameln)
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Horst Sielaff
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Ludwig Stiegler
Dr. Peter Struck
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Siegfried Vergin
Dr. Hans-Jochen Vogel
Gerd Wartenberg (Berlin)
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Gunter Weißgerber
Dr. Norbert Wieczorek
Dr. Christoph Zöpel
Hans-Ulrich Klose und Fraktion